



# Für eine **bessere Zukunft** in der Pflege

«Eine weitere **PROFESSIONALISIERUNG** der Pflegeberufe ist wichtig»

«Höchste Zeit, dass das **KNOW-HOW** der Pflegenden in die Planungen einfließen kann»

«Pflegefachpersonen müssen mehr **ENTSCHEIDUNGS-KOMPETENZ** erhalten»

«Die Pflege gehört **MIT AN DEN TISCH**»

**x KAMMERWAHL**  
Mehr Zeit für die Registrierung und für die Kandidatur

**x RUF NACH ÄNDERUNG**  
Forderungen für die Pflege in und nach der Pandemie

**x GEGEN HETZE & HASS**  
Errichtungsausschuss mit Initiative in sozialen Medien

**KAMMERWAHL**  
Der Wahltag wurde auf den  
31. Oktober 2022 verschoben –  
was das für die Mitglieder  
bedeutet | Seite 78



**BRENNGLAS PANDEMIE**  
Pflegeprofis zeigen auf,  
wo Handlungsbedarf  
besteht | Seite 85

**INITIATIVE**  
Bündnis für ein  
besseres Miteinander  
im Internet | Seite 94



# INHALT

- 77 Editorial**
- 78 Die Kammerwahl wurde verschoben**  
Mitglieder haben mehr Zeit für die Registrierung und für eine Kandidatur
- 83 Mehr Geld für wichtige Aufgaben**  
Die Anschubfinanzierung wurde von der Landesregierung erhöht und verlängert
- 85 Es muss sich dringend etwas ändern**  
Vier Pflegende stellen Forderungen für die Pflege in und nach der Pandemie
- 88 Endlich sitzt die Pflege mit am Tisch**  
In einigen Gremien ist die Kammer schon vertreten – in andere will sie noch rein
- 92 Von unseren Nachbarn lernen**  
Das österreichische Burgenland stellt einen wegweisenden Zukunftsplan für die Pflege auf
- 94 Gemeinsam gegen Hass und Hetze**  
Errichtungsausschuss startet Initiative „Bekanntnis gegen Extremismus“ in den sozialen Medien



**SANDRA POSTEL**  
Vorsitzende des Errichtungsausschusses Pflegekammer  
Nordrhein-Westfalen

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

es geht schon wieder los: In den Sonntagsreden vor den Landtagswahlen wird Pflege nur allzu gerne thematisiert – ähnlich wie es zahlreiche Politiker vor der Bundestagswahl im Herbst 2021 gemacht haben. Wertschätzend wird in höchsten Tönen gelobt, es wird betont, die eigene Erfahrung als pflegende/r Angehörige/r sei ein Garant dafür, dass „man ja wisse, wovon man spreche“. Aber wir lassen uns davon bitte nicht mehr beeindruckt: Wertschätzung muss sich in echter Mitsprache in den Gremien wiederfinden und nicht in nebulösen Worthülsen. Denn wie wichtig Pflege ist – das wissen wir auch so! Ein großer Schritt in Richtung Selbstermächtigung wurde vergangenes Jahr in NRW gemacht: Mit eindeutiger Abstimmungsmehrheit im Landtag hat man sich darauf verständigt, Geld in die Hand zu nehmen, um Pflegende zu entlasten und den Aufbau einer wirksamen Interessenvertretung mit einer soliden Anschubfinanzierung zu sichern. Wir haben ein weiteres Jahr Zeit und Geld erhalten, um die Pflegekammer aufzubauen, die ihre Mitglieder weiterbringt, indem wir als Berufs-

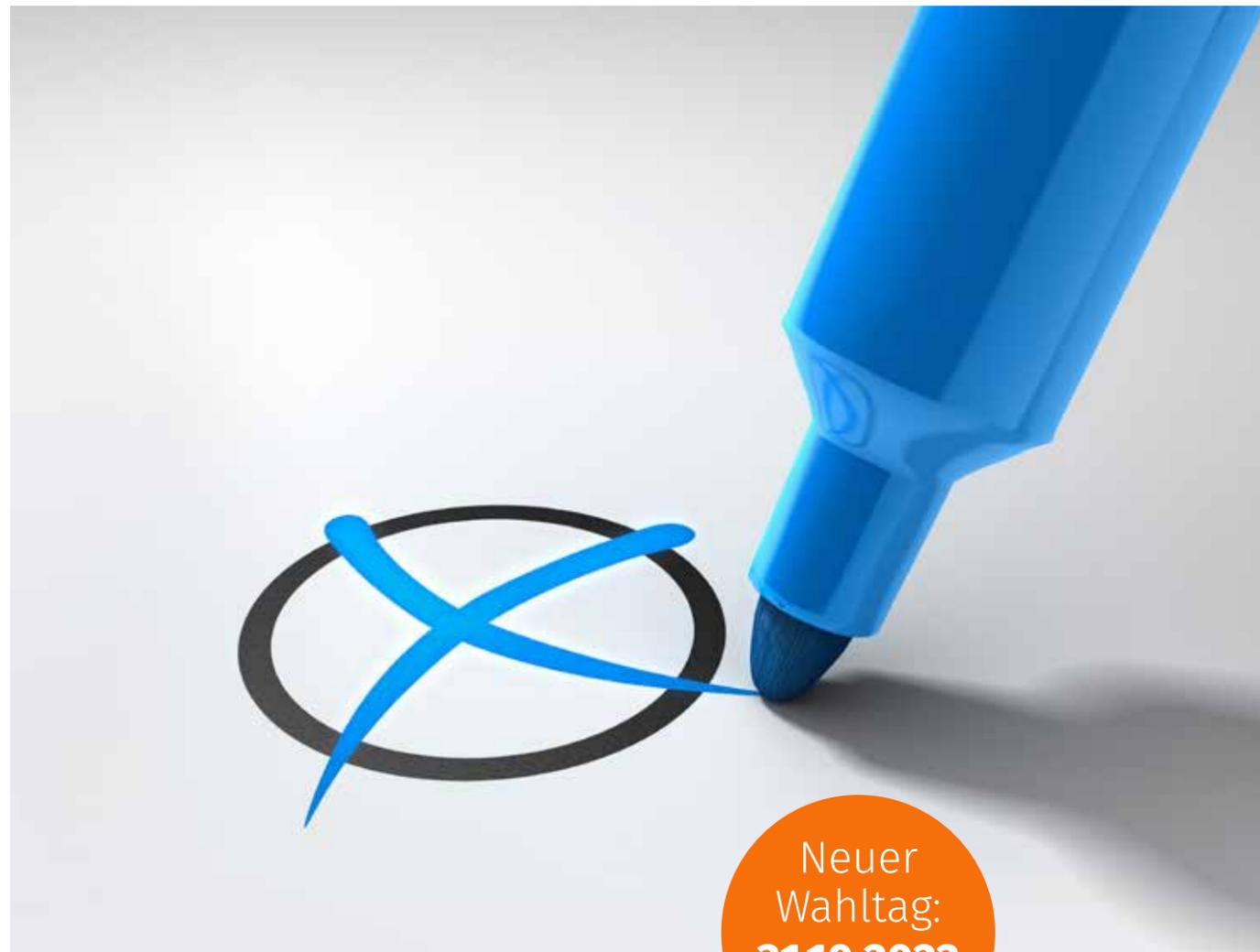
gruppe für uns selbst sprechen können. Auch in dieser Ausgabe finden Sie viele Informationen zum aktuellen Stand des Aufbaus Ihrer Pflegekammer NRW und darüber hinaus wieder die Artikel, die mit der Fachexpertise unserer Kolleginnen und Kollegen für Sie und für pflegende Angehörige erstellt wurden.

Ich wünsche Ihnen viele Freude bei der Lektüre. Und lassen Sie uns in Kontakt bleiben!

*Ihre  
Sandra Postel*

Der nächste Kammer-Dialog findet am **Samstag, 12. März**, statt: [www.pflegekammer-nrw.de](http://www.pflegekammer-nrw.de)  
Treten Sie mit uns direkt in Kontakt: [kommunikation@pflegekammer-nrw.de](mailto:kommunikation@pflegekammer-nrw.de)

Foto: Errichtungsausschuss Pflegekammer NRW



# Die Kammerwahl wurde verschoben

Der nordrhein-westfälische Landtag hat dem Errichtungsausschuss der Pflegekammer mehr Zeit für die Registrierung und die Durchführung der Wahl eingeräumt. **Wir erklären, was das für die Mitglieder bedeutet und wie der neue Zeitplan aussieht**

Die Corona-Pandemie hat uns in den vergangenen Monaten täglich beschäftigt – und sie hat auch Einfluss auf die Wahl zur Kammerversammlung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen genommen. Für die Pflegefachpersonen war es in der pandemischen Lage und unter den damit verbundenen Belastungen schwierig, sich rechtzeitig umfassend über die Pflegekammer zu informieren und zu registrieren. Deshalb hat der nordrhein-westfälische Landtag am 15. Dezember 2021 beschlossen, dass die Errichtung der Pflegekammer erst bis zum 31. Dezember 2022 erfolgen muss. Zuvor galt der 1. April dieses Jahres als Zieldatum.

„Die Mitglieder des Errichtungsausschusses begrüßen die neu geschaffenen zeitlichen Kapazitäten. Die pandemische Lage hat den Registrierungsprozess und die Durchführung von Informationsveranstaltungen stark ausgebremst. Deshalb bedeutet der Aufschub vor allem mehr Zeit für die Registrierung weiterer Mitglieder. Unser Ziel ist es, möglichst alle Mitglieder mit Informationen zu erreichen, sie bei der Registrierung zu unterstützen und ihnen somit die Beteiligung an der Wahl zu ermöglichen“, berichtet die Vorsitzende Sandra Postel zum Meinungsbild im Errichtungsausschuss.

## Viele Beschlüsse und ein neuer, entspannter Zeitplan

Für den Errichtungsausschuss bedeutet die Gesetzesänderung, dass ein neuer Zeitplan aufgestellt werden muss. Zunächst musste der ursprüngliche Wahltag am 1. März 2022 aufgehoben werden. Dies hat der Vorstand am 16. Dezember 2021 beschlossen. Bereits wenige Wochen später, am 27. Januar dieses Jahres, hat der Vorstand auf Empfehlung des Errichtungsausschusses den neuen Wahltag festgelegt. Es ist der 31. Oktober 2022. An diesem Termin orientieren sich alle weiteren Fristen zur Registrierung und Wahl.

## Der Wahlausschuss legt neue Termine für die Kammerwahl fest

Hier kommt der Wahlausschuss verstärkt ins Spiel. Das zwölfköpfige Gremium wird in den kommenden Wochen bekannt-

geben, bis zu welchem Datum sich Mitglieder registrieren müssen, damit sie an der Wahl zur Kammerversammlung teilnehmen können. Auch den Termin, bis zu dem Wahlvorschläge eingereicht werden können, und den Zeitraum, in dem die registrierten Mitglieder ihre Stimme für die Kandidaten abgeben können, wird der Wahlausschuss rechtzeitig festlegen und veröffentlichen (weitere Informationen zum Wahlausschuss auf S. 80/81).

## Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die Registrierung – per Post oder digital

Was bedeutet das nun für die (künftigen) Kammermitglieder? Was die Abläufe sowie die Rechte und Pflichten betrifft, bleibt alles beim Alten. Nur, wer sich rechtzeitig aktiv als Mitglied registriert, kann an der Wahl zur Kammerversammlung teilnehmen und sich auch selbst für eine Kandidatur bewerben. Wer es noch nicht getan hat, sollte sich also jetzt registrieren, für eine starke, demokratische Wahl!

Pflegefachpersonen können sich weiterhin online oder auf dem Postweg registrieren. Dazu können sie die Unterlagen nutzen, die der Errichtungsausschuss ihnen 2021 zugeschickt hat. Mit dem Anschreiben haben die Mitglieder einen Meldebogen erhalten. Dieser muss ausgefüllt und unterschrieben per Post an die Pflegekammer zurückgeschickt werden. Für eine papierlose Registrierung können die Mitglieder die persönlichen Zugangsdaten aus dem Anschreiben nutzen und sich im Mitglieder-Portal ([community.pflegekammer-nrw.de](http://community.pflegekammer-nrw.de)) anmelden. Sämtliche Angaben werden online gemacht, der Meldebogen muss in diesem Fall nicht zurückgeschickt werden. Sollte das Anschreiben verlegt worden sein, senden die Mitarbeiter der Geschäftsstelle gern erneut eines zu.

In beiden Fällen gilt: Eine amtlich beglaubigte Kopie der Berufsurkunde muss postalisch an die Geschäftsstelle der Pflegekammer gesandt werden. Hierfür haben die Mitglieder ab der Registrierung ein Jahr Zeit. Der Errichtungsausschuss bietet mehr als 20 Stellen in ganz NRW zur kostenlosen Beglaubigung an. Eine Liste findet sich auf der Website der Pflegekammer unter [www.pflegekammer-nrw.de](http://www.pflegekammer-nrw.de).

## Der Prozess auf einen Blick

1

### Anschreiben der Pflegefachpersonen

Alle von den Arbeitgebern gemeldeten Personen werden von der Kammer angeschrieben. Sie erhalten einen Meldebogen und einen Zugang zur Online-Registrierung über das Mitglieder-Portal. Auch eine eigenständige Registrierung über das Portal ist möglich.

2

### Registrierung der Mitglieder

Durch postalische Rücksendung des ausgefüllten und unterschriebenen Meldebogens oder durch Online-Registrierung werden Pflegefachpersonen offiziell Kammermitglieder.

Wer sich rechtzeitig registriert, kann an der Wahl zur ersten Kammerversammlung teilnehmen (Schließung Wählerverzeichnis: 22. August 2022).

3

### Erstellung des Wählerverzeichnisses

Alle registrierten Mitglieder werden in das Wählerverzeichnis aufgenommen.

4

### Wahl der Kammerversammlung

Der Wahlausschuss stellt den registrierten Mitgliedern die Wahlunterlagen rechtzeitig zur Verfügung – voraussichtlich online und postalisch. Damit können diese die Mitglieder der Kammerversammlung bestimmen (ca. Mitte Oktober 2022).

5

### Wahltag

Die abgegebenen Stimmen werden ausgezählt. Der Wahlausschuss ermittelt das Wahlergebnis (31. Oktober 2022).

6

### Aufnahme der Arbeit

Die Kammerversammlung tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und wählt den Vorstand (ca. Dezember 2022).



## Aktuelle Informationen

■ Alle Informationen, Dokumente und Vorlagen zum Download finden Sie stets aktuell unter [www.pflegekammer-nrw.de](http://www.pflegekammer-nrw.de)

## Ihr direkter Draht zu uns

■ Sie haben Fragen rund um Ihre Registrierung oder zur Wahl? Oder Sie möchten in der Pflegekammer aktiv werden? Melden Sie sich gerne in der Geschäftsstelle.

Telefon: 0211 822089-0

E-Mail: [info@pflegekammer-nrw.de](mailto:info@pflegekammer-nrw.de)

Pflegefachpersonen können auch in Online-Infoveranstaltungen ihre Fragen klären. Termine und Anmeldung unter [www.pflegekammer-nrw.de/termine](http://www.pflegekammer-nrw.de/termine)

## Längere Findungsphase für Wahllisten und Einzelkandidaten

Wer als Kammervertreter kandidieren möchte, kann die verlängerte Phase dazu nutzen, Gleichgesinnte für die Gründung einer Wahlvorschlagsliste zu finden oder als Einzelkandidat Unterstützer zu suchen. Der Wahlausschuss wird rechtzeitig alle für die Kandidatur benötigten Informationen und Unterlagen auf der Website der Pflegekammer unter dem Menüpunkt „Ich kandidiere“ zur Verfügung stellen. Darunter sind auch die sogenannten Wahlvorschlagslisten. Nur diese Vordrucke werden später vom Wahlausschuss anerkannt. Ein Wahlvorschlag besteht aus einem Blatt mit persönlichen Informationen zu dem oder den Kandidaten und aus Formblättern mit Unterstützerunterschriften. Ein Einzelkandidat beziehungsweise eine Liste benötigt mindestens 40 Unterstützerunterschriften aus dem eigenen Wahlkreis. Hierbei gibt es keine Einschränkung, aus welchem Tätigkeitsbereich die Unterstützer kommen. Wichtig: Jede wahlberechtigte Person (registriertes Mitglied) darf

nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Unterschriften auf mehreren Wahlvorschlägen sind ungültig. Sobald genügend Unterstützerunterschriften gesammelt wurden, kann der Wahlvorschlag eingereicht werden. Dies erfolgt postalisch an den Wahlausschuss, der seinen Sitz in der Geschäftsstelle der Pflegekammer hat. Die Formulare können auch online über ein eigens dafür eingerichtetes Wahl-Portal eingereicht werden. Zusätzlich muss für jeden Kandidaten eine Einverständniserklärung eingereicht werden, mit der er bestätigt, dass er seiner Eintragung auf dem Wahlvorschlagsformular zustimmt.

Es ist ratsam und vorgesehen, dass eine sogenannte Vertrauensperson – das kann einer der Kandidaten einer Liste sein – sich um die Erstellung der erforderlichen Dokumente kümmert und diese einreicht.

**Wichtig: Einzelkandidaten und Listen können jeweils nur innerhalb ihrer Wahlgruppe, also „Altenpflege“ oder „Interdisziplinäre Pflege“, kandidieren. Auch die wahlberechtigten Mitglieder dürfen nur für Kandidaten und Listen innerhalb ihrer Wahlgruppe abstimmen.**

Informationen zu den beiden Wahlgruppen und den zugehörigen Tätigkeitsfeldern finden sich auf der Wahl-Website der Pflegekammer ([kammerwahl.pflegekammer-nrw.de](http://kammerwahl.pflegekammer-nrw.de)) unter dem Menüpunkt „Wahlrecht“. Der Errichtungsausschuss steht denjenigen, die sich zur Wahl aufstellen lassen möchten, auch gern per Mail und telefonisch für Fragen zur Verfügung.

## Dialog und Informationen auf vielen Kanälen

Damit sich alle Kammermitglieder optimal informieren und noch leichter registrieren können, wird das Mitglieder-Portal ausgebaut, dabei werden einige Funktionen vereinfacht. Auch über die weiteren Kanäle wie Facebook, Twitter, Instagram und Youtube werden alle Interessierten auf dem Laufenden gehalten. Dabei steht der direkte Dialog mit und zwischen den Mitgliedern im Vordergrund. Denn der Austausch ist die Grundlage für ein gemeinsames Verständnis. Soweit die Pandemielage es erlaubt, werden – neben

den regelmäßigen Kammer-Dialogen und -Infoveranstaltungen im Internet – an verschiedenen Orten in den Wahlbezirken Termine mit Raum für persönliche Begegnungen stattfinden. Hier wird es auch möglich sein, sich zu registrieren und seine Berufsurkunde beglaubigen zu lassen. Der Errichtungsausschuss lädt alle (künftigen) Kammermitglieder ein, diese Informationsangebote zu nutzen und sich aktiv zu beteiligen – für eine gemeinsame, starke Stimme der Pflege in Nordrhein-Westfalen.

## DER WAHL-AUSSCHUSS AUF EINEN BLICK

### WAHLEITUNG:

**Dr. Bernd Wittkowski**, Jurist

### STÄNDIGE VERTRETUNG:

**Dr. Florian Hartmann**, Jurist

### TÄTIGKEITSFELD Interdisziplinäre Pflege

■ Einrichtungen zur Pflege von Kindern und Jugendlichen

**Lioba Polldavid**  
**Sandra Franke** (Ersatz)

■ Einrichtungen zur Pflege von Erwachsenen im Rahmen der Akutversorgung

**Barbara Köster**  
**Veronika Zeidler** (Ersatz)

■ Einrichtungen der Pflege von Erwachsenen im Rahmen der Langzeitversorgung

**Prof. Dr. Rüdiger Noelle**  
**Prof. Dr. Herrmann-T. Steffen** (Ersatz)

■ Andere (z. B. Bildung, Forschung oder Behörde)

**Sonja Ducke**  
**Sebastian Ivartnick**

### TÄTIGKEITSFELD Altenpflege

■ Einrichtungen der Pflege von älteren und alten Menschen im Rahmen der Langzeitversorgung

**Thomas Nogueira**  
**Dirk Terhorst** (Ersatz)



**DR. BERND WITTKOWSKI**  
Der pensionierte Vizepräsident des Wiesbadener Verwaltungsgerichts leitet ehrenamtlich den Wahlausschuss zur Wahl der Pflegekammer NRW

# Was macht eigentlich der WAHL-AUSSCHUSS?

*Dr. Bernd Wittkowski gibt einen Einblick in die Arbeit der vergangenen Monate und teilt seine Erfahrungen sowie seine Wünsche für den weiteren Prozess*

Foto: Dr. Bernd Wittkowski

## Herr Dr. Wittkowski, wie sind Sie zu Ihrem Amt als Wahlausschussleiter gekommen?

Im Jahr 2020 habe ich die zweite Wahl zur Kammerversammlung in Rheinland-Pfalz als Leiter des Wahlausschusses begleitet. Quasi im Anschluss an den Wahltag im Juli 2021 fragte mich die Geschäftsführerin der dortigen Kammer, ob ich mir vorstellen könne, diese Funktion auch für die Kammerwahl in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

## Welche Aufgaben hat der Wahlausschuss?

Ganz grundsätzlich begleitet er die Wahl von der Vorbereitung bis zur Feststellung des Wahlergebnisses. Eine erste wichtige Aufgabe ist, spätestens fünf Monate vor dem Wahltag die Wahlbekanntmachung zu veröffentlichen. Darin steht z.B. das Wahldatum, in welchem Zeitraum gewählt wird und wie gewählt wird, also ob per Brief oder auch online. Wir legen die Wählerverzeichnisse für die zehn Wahlgruppen fest, fordern zu Wahlvorschlägen auf und überprüfen, ob deren Form

korrekt ist. Und natürlich sind wir bei der Stimmauszählung dabei und beaufsichtigen, ob alles korrekt abläuft.

## Wer ist in Ihrem Team?

Ich habe einen Stellvertreter, der genau wie ich eine Befähigung zum Richteramt benötigt. Die fünf weiteren Mitglieder und deren Stellvertreter müssen Kammermitglieder sein und zu den Tätigkeitsfeldern Interdisziplinäre Pflege oder Altenpflege gehören. Wir haben uns bisher zu vier Video-Konferenzen getroffen, in denen wir uns z. B. intensiv zur Auslegung der Wahlordnung und den daraus resultierenden Aufgaben ausgetauscht haben.

## Wie sind Ihre Erfahrungen mit der bisherigen Wahlordnung? Haben Sie Wünsche für die Neufassung?

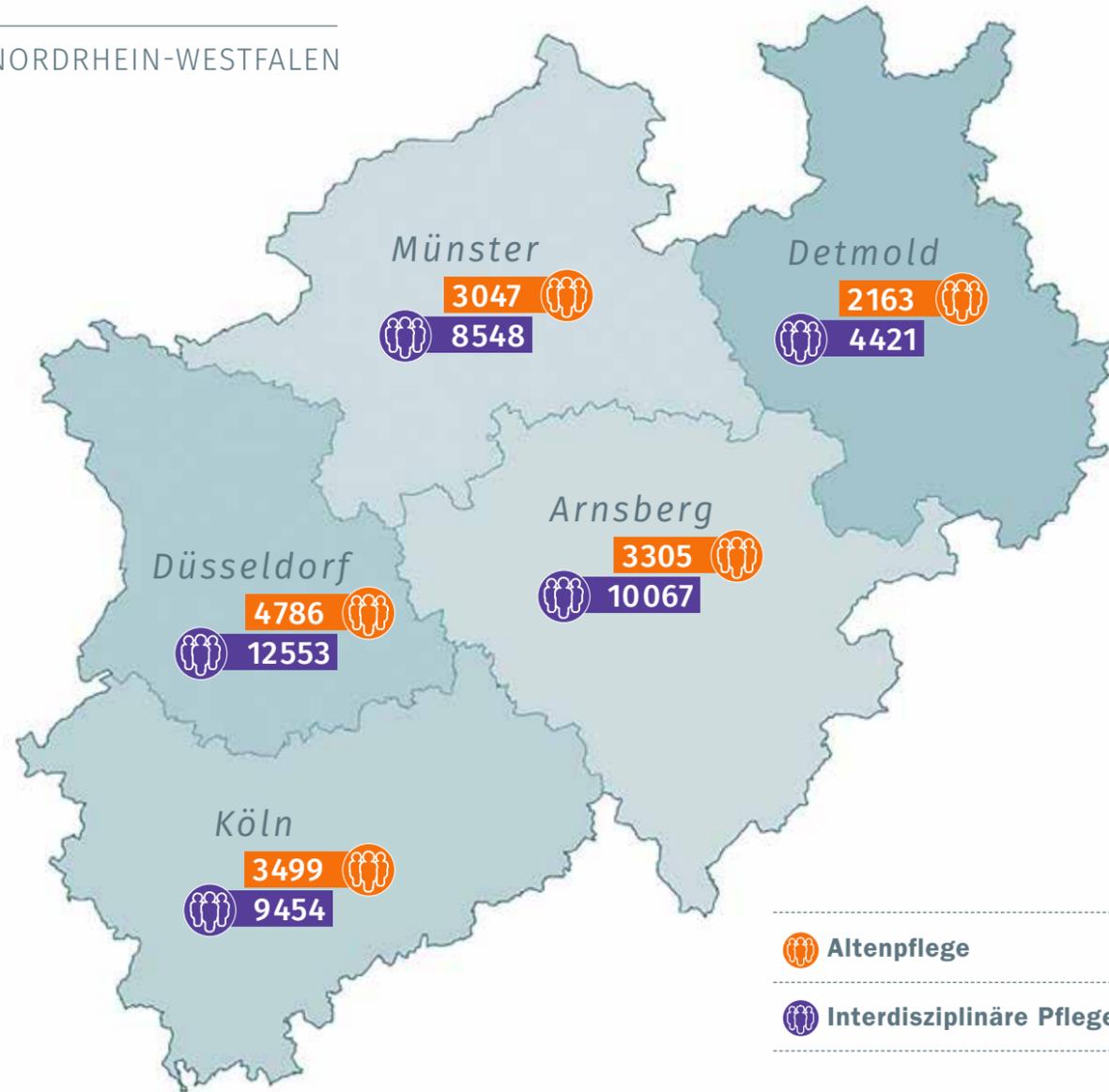
Es gibt ein paar Punkte, bei denen wir uns vom Ministerium etwas mehr Klarheit wünschen. Das hilft uns als Wahlausschuss, dem Errichtungsausschuss und den Wahlberechtigten gleichermaßen. Beispielsweise wünschen wir uns eine genauere Information zu Inhalt und Form der Wahlvorschläge. Auch der Zeitraum,

in dem man diese einsehen kann, sollte genauer gefasst werden. Und auch bei den Voraussetzungen zur Wahlberechtigung sehen wir Optimierungsmöglichkeiten. Hier sollte überprüft werden, ob Menschen in Betreuung wirklich ausgeschlossen werden dürfen. Wichtig wäre uns auch eine genauere Angabe dazu, dass Mitglieder bis zehn Wochen vor dem Wahltag registriert und ins Gesamtwählerverzeichnis eingetragen sein müssen, damit sie wahlberechtigt sind.

## Warum sollte man sich an der Wahl zur Kammerversammlung beteiligen?

Die Kammer als Selbstverwaltung kann die Interessen der Pflege gegenüber der Politik besser vertreten. Mit der Berufs- und der Weiterbildungsordnung kann sie das Berufsbild Pflege mit all seinen Aufgaben, Rechten und Pflichten genauer definieren. Und die Mitglieder können sich an die Kammer wenden, wenn sie fachliche oder juristische Beratung brauchen, um nur einige Vorteile kurz anzudeuten. Für all das hat man die Chance, die Vertreter seines Vertrauens zu wählen.

NORDRHEIN-WESTFALEN



Abweichung zur Gesamtzahl durch fehlende Angaben zum Tätigkeitsbereich

# Registrierungen in Zahlen

Seit dem Start im September 2021 haben sich schon mehr als 66 000\* Kammermitglieder registriert. Ihre Zahl nimmt täglich zu. Die Übersicht zeigt, wie viele Mitglieder aus den Tätigkeitsfeldern „Interdisziplinäre Pflege“ und „Altenpflege“ bisher ihre Registrierung\*\* eingereicht haben. Nur registrierte Mitglieder dürfen kandidieren und sind bei der Wahl ihrer Vertreter stimmberechtigt.

\*Stand: 15. Februar 2022 \*\* Verteilung nach Angabe des Wohnorts

Text: Andrea Koenig | Foto: iStockphoto; PR



## Mehr Geld für wichtige Aufgaben

Eine Kammer zu gründen, ist auch finanziell eine große Herausforderung. Der Landtag von NRW hat die Anschubfinanzierung erhöht und bis zum Jahr 2027 verlängert. Damit können viele Schritte für eine bessere Pflege gemacht werden

Der nordrhein-westfälische Landtag hat der Pflegekammer mit der Gesetzesänderung im Dezember 2021 nicht nur mehr Zeit für die Gründung gegeben, auch die Finanzierung wird für einen längeren Zeitraum auf stabilere Füße gestellt. Das erleichtert dem Errichtungsausschuss und später der Kammerversammlung, ihre

wichtigen Aufgaben für die Beschäftigten in der Pflege wahrzunehmen. Bis einschließlich 2026 erhält die Kammer eine jährliche Förderung von sechs Millionen Euro. Für das erste Halbjahr 2027 sind 3,5 Millionen Euro eingeplant, danach endet die Anschubfinanzierung. Insgesamt erhält die Kammer für ihre Aktivität in sieben Jahren knapp 37 Millionen Euro.

### Vielfältige Aufgaben werden finanziert

Das mag zunächst viel klingen. Die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen ist jedoch die größte Heilberufekammer in Deutschland. Sie hat viele gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört – zunächst ganz praktisch – die Registrierung und Information ihrer Mitglieder und die Durch-

führung der Kammerwahl. Hierbei wird großer Wert auf digitale Prozesse gelegt. Dafür braucht es neben der technischen Infrastruktur auch die Unterstützung durch IT-Experten, Datenschützer und Rechtsberatung. Natürlich findet der Austausch mit den Kammermitgliedern auch per Briefpost statt. Schon das Porto für eine Aussendung an 200 000 Mitglieder kostet rund eine Viertelmillion Euro.

**Professionelle Vertretung der Interessen kostet Geld**

Letztendlich ist eine der Hauptaufgaben der Kammer, die Interessen der Beschäftigten im Berufsfeld Pflege zu vertreten. Die Mitarbeit in Entscheidungsgremien muss gut vor- und nachbereitet werden, damit die Pflege schlagkräftig und mit einer starken Stimme vertreten ist. Dies lässt sich nicht allein mit ehrenamtlichem Einsatz machen, hierzu braucht es zusätz-

**Die Anschubfinanzierung entspricht umgerechnet**

**27 Euro pro Mitglied**

*\*bei angenommenen 220 000 Mitgliedern und einem Budget von 6 Mio. Euro*

lich hauptberufliche Referenten. Eines ihrer wichtigen Mittel, um in Ausschüssen Einfluss zu nehmen, sind Expertengutachten. Im Sinne der Pflegenden lohnt es sich, hierfür ein angemessenes Budget zu veranschlagen.

Dies sind nur wenige Beispiele für die Kosten, die bei der Arbeit der Kammer anfallen. Dabei ist Geld das Mittel zum Zweck, damit wir uns erfolgreich und mit voller Kraft für unsere Ziele einsetzen können.

Die Frage, ob die Anschubfinanzierung ausreicht, um alle Aufgaben in den kommenden Jahren vollumfänglich zu leisten, kann im Moment noch nicht beantwortet werden. Eine Entscheidung, ob – und in welcher Höhe – zukünftig ein Mitgliedsbeitrag erhoben wird, kann erst die gewählte Kammerversammlung treffen.

**DIE AUFGABEN UND ZIELE DER PFLEGEKAMMER**

**Den Beruf stärken**

Wir garantieren, dass wir als Pflegendе unsere Arbeitsbedingungen selbst gestalten können.

**Mitbestimmung durchsetzen**

Wir sorgen dafür, dass Pflegendе über Ausbildungsinhalte und Abschlüsse mitentscheiden. Und über Gesetze, die sie unmittelbar angehen.

**Der Pflege eine Stimme geben**

Wir sind die Stimme der Pflegenden in der Öffentlichkeit und mischen uns aktiv ins politische und gesellschaftliche Geschehen ein.

**Berufsbild definieren**

Wir wählen Personen, die die Haltung des Berufsstandes miteinander verbindlich vereinbaren. Diese Positionen vertreten wir dann nach innen und gemeinsam nach außen.

**STELLEN STATT KAMMER?**

*Kritiker fordern, die Gelder aus der Anschubfinanzierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen einzusetzen. Lohnt sich das?*

<b>FINANZMITTEL</b>	<b>6 Mio. Euro ÷</b>
<b>Arbeitgeberkosten (brutto inkl. Arbeitgeberanteil) für eine Pflegeperson in der Intensivpflege (mit Fachweiterbildung)</b>	<b>80 000 Euro</b>
<b>Finanzierte Stellen in NRW, gesamt</b>	<b>= 75 Stellen</b>
<b>Finanzierte Stellen pro Arbeitgeber (12 500, gerundet)</b>	<b>= 0,006 Stellen</b>
<b>Finanzierte Stellen pro Krankenhaus (300, gerundet)</b>	<b>= 0,25 Stellen</b>

75 zusätzliche Stellen zu bisher rund 220 000 Pflegefachpersonen sorgen nur für eine geringfügige Entlastung. Eine Pflegekammer, die sich für die Belange der Pflege in NRW und darüber hinaus einsetzt, bringt kurz-, mittel- und langfristig eine nachhaltige Verbesserung der Situation für beruflich Pflegendе, Pflegebedürftige und deren Angehörige und somit für die gesamte Gesellschaft.

Text: Andrea Koenig | Foto: Getty Images



**Die Anforderungen durch die Corona-Pandemie belasten das Pflegefachpersonal zusätzlich in seinem anspruchsvollen Arbeitsalltag**

**Pflege in und nach der Pandemie**

**Es muss sich dringend etwas ändern**

*Die Pandemie hat wie ein Brennglas die Probleme in der Pflege sichtbar gemacht. Vier Pflegeprofis berichten von ihren täglichen Herausforderungen und sagen, wo akuter Handlungsbedarf besteht*

## „Die Pflege braucht eine politische Stimme“



**Anja Claus** ist Leiterin des **stups Kinderzentrums** der DRK-Schwesterenschaft in Krefeld, das Familien mit einem behinderten oder lebensverkürzend erkrankten Kind unterstützt. Sie ist Mitglied im Errichtungsausschuss und ist ehrenamtlich im Vorstand der DRK-Schwesterenschaft Krefeld e. V. aktiv

„ Mit der Corona-Pandemie erlangte die Krankenpflege eine Aufmerksamkeit wie nie zuvor. Bilder von Intensivpatienten, die in Bauchlage von einem riesigen Gerätepark umgeben waren, gingen um die Welt. Gerade dieses Bild hat Menschen außerhalb von Klinik und Pflege sehr bewegt. Es zeigt, welch verantwortungsvolle und gleichzeitig körperlich und seelisch herausfordernde Tätigkeiten Pflegenden – nicht nur in der Intensivpflege – übernehmen. Aufgaben, die weit über das oftmals gängige Bild des Krankenpflegeberufes hinausgehen. Gleichzeitig sah man die erschöpfte Pflegerin über der Tastatur am Schreibtisch liegend. Beide Bilder stehen beispielgebend für die Situation der Krankenpflege in Deutschland, die schon in Zeiten vor der Pandemie bestand und nun noch verstärkt wurde. Personalmangel, Einspringen außerhalb des Dienstplans und eine stete, wachsende Verantwortung prägen den Alltag in der Pflege seit Jahrzehnten. Erste politische Gegenregulationen, wie die Einführung der Personaluntergrenzen in den Kliniken, haben mancherorts eher das Gegenteil als die Entlastung bewirkt, die benötigt wird. Die Pandemie wirkte wie ein Brennglas. Sie brachte und bringt die Pflegenden an ihre Grenzen.

Sie wünschen sich Wertschätzung, die sich einerseits im Gehalt und andererseits in den Arbeitsbedingungen niederschlägt. Es sind grundlegende strukturelle Veränderungen notwendig, um Pflegenden im Beruf zu halten und Nachwuchs zu gewinnen. Dazu gehört, neben modernen Führungsstrukturen, Aufstiegsmöglichkeiten und der Akademisierung, zuallererst eine Personalausstattung, die Dienstpläne und Versorgungsqualität derart sichert, dass Ausfallkonzepte möglich sind, die nicht Überstunden und Einspringen voraussetzen. Pflege braucht die politische Unterstützung, um ihre Belange selbst vertreten zu können. **Pflege gehört mit an den Tisch, wenn es beispielsweise um Fragen des Personalbedarfs oder um Pflegequalität geht.** Der enorme bürokratische Aufwand, die Vielzahl an Dokumentationen müssen reduziert werden, damit Zeit für den Patienten bleibt. Alle diese Forderungen können nach meiner Überzeugung nur im Schulterschluss von Gewerkschaften, Berufsverbänden und einer Pflegekammer gelingen. Pflege braucht eine politische Stimme, um die notwendigen und tiefgreifenden Veränderungen herbeizuführen.

## „Die Pflege muss sich geschlossen organisieren“



**Ralf Berning** ist Intensivkrankenschwester im Evangelischen Klinikum Bethel in Bielefeld. In den Sozialen Netzwerken teilt er als „Schwester Gabi“ seine Erfahrungen und Gedanken mit mehreren Zehntausend Followern. Er kritisiert medienwirksam die Missstände der Pflege in Deutschland

„ Die Pflege steht aktuell und immer noch vor besonderen Herausforderungen. Auch nach zwei Jahren Pandemie hat es die Berufsgruppe nicht geschafft, sich geschlossen zu organisieren und ihre Forderungen durchzusetzen. Das wäre unsere Chance gewesen. Einzelne Protestaktionen und Demonstrationen haben, wenn überhaupt, nur einen kleinen, lokalen und zeitlich begrenzten Effekt. Hier muss dringend nachgesteuert werden. Pflegefachpersonen müssen verstehen, dass es gut investiertes Geld ist, sich in einer Gewerkschaft wie dem Bochumer Bund oder/und in einem Berufsverband anzumelden und dort aktiv zu werden. Auch müssen beruflich Pflegenden endlich verstehen, warum die Etablierung einer Pflegekammer, aktuell in NRW, zwingend erforderlich ist. Aber besonders hier appelliere ich an alle Kollegen, sich vernünftig zu informieren. Dann wird ihnen klar, dass nur der Dreiklang aus Gewerkschaft, Verband und Kammer zu langfristig besseren Arbeitsbedingungen führen kann. **Deutliche Verbesserungen für die Pflege können langfristig nur über bessere Personalschlüssel und höhere Gehälter geschaffen werden.** Deswegen muss das Ziel lauten, die Personaluntergrenzen beizubehalten und sogar weiter auszubauen. Ein Wegfall der Untergrenzen mit der PPR 2.0 (Pflegepersonalregelung) wird zu einer Verschlechterung der Situation führen und ist somit kein Fortschritt, sondern ein deutlicher Rückschritt.

Ein sehr wichtiger Punkt für die Verbesserung der Personalsituation in den Einrichtungen und Kliniken ist der Umgang mit Auszubildenden. Hier muss noch viel passieren. Auszubildende dürfen nicht als Vollzeitkräfte auf den Stationen verheizt werden. Auch müssen sie dringend die vom Gesetzgeber vorgegebenen Anleitungsstunden bekommen. Seien wir ehrlich: Der Nachweis für eben diese Stunden ist ein Lügenzettel, reine Fantasie. Es werden Stunden dokumentiert, die es nie gegeben hat. Das ist ein Armutszeugnis, wenn es darum geht, junge Menschen darauf vorzubereiten, sich um Kranke und Pflegebedürftige zu kümmern. Deshalb muss eine gesetzliche und hundertprozentige Freistellung von Praxisanleitern das Ziel sein. Zudem sollte der Gesetzgeber vorschreiben, dass in jedem Bereich und jeder Station ein Praxisanleiter anwesend sein sollte.

## „Die Versorgung erkrankter Kinder sicherstellen“



**Diana Leisering** ist examinierte Krankenschwester und betreut im ambulanten Kinderkrankenpflegedienst „wir für pänz e. V.“ in Köln Kinder und Jugendliche zwischen drei und 16 Jahren. Sie ist im Errichtungsausschuss und unterstützt den Bochumer Bund beim Aufbau einer Gewerkschaft für Pflegeberufe

„ In der Kinderkrankenpflege ist der Fachpersonalmangel seit Jahren präsent und spitzt sich weiter zu. Ambulante Kinderkrankenpflegedienste können den Versorgungsbedarf der Familien und Kinder nicht mehr abdecken, so dass Kinder aus den Kliniken nicht nach Hause entlassen werden können oder Eltern am Rande ihrer Kräfte ihre Kinder alleine versorgen. In der ambulanten Kinderkrankenpflege versorgen wir schwerst erkrankte Kinder und Jugendliche, z. B. im Rahmen der Palliativ- und Intensivpflege, führen die speziellen Behandlungspflegemaßnahmen durch und leiten die Eltern in der Versorgung ihrer Kinder an. Während der Corona-Pandemie ist die Belastung für die Familien und für uns noch mal gewachsen, da die Kinder zu den Risikogruppen ihrer Altersklasse gehören. Dass wir die betroffenen Familien aufgrund von Personalmangel nicht ausreichend unterstützen können, ist bedrückend, frustrierend und für die Kinder bedrohlich. Wir erleben und sehen die Belastung der Eltern, und sind für sie auch als Gesprächspartner vor Ort. Unser Unterstützungsspielraum ist durch den Versorgungsauftrag jedoch klar begrenzt, weitere mögliche Hilfen gibt es in Beratungsgesprächen. Diese bieten aber meist nicht die Form der Unterstützung, die die Familie wirklich benötigt, da zwingend Pflegefachpersonen dafür gebraucht werden. Auch im stationären Bereich sind die Auswirkungen deutlich spürbar: Betten werden geschlossen, da auch dort das Personal fehlt, notwendige OPs werden verschoben, und für Notfallpatienten sind keine Betten frei.

**Was wir in der Kinderkrankenpflege brauchen:** Eine sichergestellte Versorgungssituation von erkrankten Kindern – ambulant und stationär. **Dem Fachpersonalmangel in der Kinderkrankenpflege muss entgegengewirkt und die Qualität des Fachpersonals aufrechterhalten werden.** Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, und ihre Versorgung gehört in die Hand von Pflegenden mit fachspezifischen Kenntnissen und entsprechenden Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die schlechte Versorgungssituation erkrankter Kinder ist in der Öffentlichkeit und Politik viel zu wenig bekannt, obwohl es auch hier dringenden Handlungsbedarf gibt!

## „Mehr Professionalisierung der Pflege ist wichtig“



**Andreas Fuhrmann** ist Geschäftsführender Vorstand des Vereins „Jung & Alt“. Sein 200-köpfiges Team bietet ambulante Pflege, Tagespflege und Beratung für rund 800 Klienten in den Kreisen Höxter und Lippe an. Der gelernte Krankenschwester ist Vorsitzender des „Netzwerks Pflege“ im Kreis Höxter

„ Die Probleme in der Pflege sind seit vielen Jahren bekannt. Durch Corona sind sie noch einmal stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Die Herausforderungen, die sich für Pflegeeinrichtungen aus den schwierigen Rahmenbedingungen ergeben, resultieren zum Teil auch aus der fast ausschließlich negativen Wahrnehmung des Berufsfeldes in der Gesellschaft. Mangel an Fachpersonal, hohe Arbeitsbelastung, schlechte Bezahlung – das sind Schlagworte, die die Diskussion in der Öffentlichkeit prägen. **Ich wünsche mir eine differenzierte Betrachtung, bei der die positiven Seiten des Pflegeberufs deutlicher herausgestellt werden.** Hier sind wir als Fachleute gefordert, das negativ geprägte Image zu korrigieren und die Attraktivität dieses gesellschaftlich so wichtigen Arbeitsfeldes in den Blickpunkt zu rücken. Wichtig ist aus meiner Sicht eine weitere Professionalisierung der Pflegeberufe. Pflege muss stärker gehört werden. Dabei müssen wir mit einer gemeinsamen Stimme und Position auftreten. Unser Berufsstand muss mehr Einfluss gewinnen und bei Entscheidungen im Gesundheitswesen gehört und beteiligt werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Errichtung einer Pflegekammer in NRW dazu beiträgt. Die fachliche Qualifikation von Pflegekräften muss im Versorgungssystem stärkere Berücksichtigung finden. Ein Beispiel sind Pflegehilfsmittel. Warum müssen diese durch einen Arzt verordnet werden? Die Pflegefachpersonen kennen die Situation vor Ort am besten und können mit ihrem speziellen Fachwissen einschätzen, welche Pflegehilfsmittel für eine sachgerechte Pflege und Versorgung erforderlich sind. Hier müssen sie mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Aktuell stellen uns die berufsbezogene Impfpflicht und die quarantänebedingten Ausfälle vor besondere Herausforderungen. Insgesamt werden wir durch die Pandemie mit zahlreichen, oft sehr zeitintensiven Aufgaben konfrontiert. Gleichzeitig werden wir durch den Medizinischen Dienst überprüft. Ich wünsche mir, dass wir in der Pandemiezeit dadurch nicht zusätzlich belastet werden. Solche Qualitätsprüfungen finde ich grundsätzlich richtig und wichtig. Allerdings wird bei der Begutachtung vorrangig die Pflegedokumentation überprüft und fließt in die Bewertung ein. Die Prüfungen sollten sich stärker auf die Inaugenscheinnahme der Patienten konzentrieren, meines Erachtens der entscheidende Indikator für die Ergebnisqualität.

In diesen **Gremien** ist die Kammer schon vertreten

# Endlich sitzt die Pflege **mit am Tisch!**



Entscheidungen werden nicht am Rednerpult des Parlaments, sondern in den vielen Fachausschüssen getroffen. In Nordrhein-Westfalen werden diese nun endlich auch Schritt für Schritt mit Pflegefachpersonen besetzt

**W**er beruflich pflegt, kann meist aus dem Stand etliche Dinge aufzählen, die im Klinik- und Pflegealltag schief laufen. Strukturen, die vor langer Zeit am Reißbrett entworfen, aber nie auf Praxistauglichkeit getestet wurden. Abläufe, die in der Theorie sinnvoll klangen, sich im Pflegealltag jedoch als völlig absurd erwiesen haben. Und die dennoch

bestehen blieben – weil es im Planungsprozess schlicht an fachlichem Know-how gefehlt hat. Ein Beispiel, das viele Pflegefachpersonen nennen, wenn sie gefragt werden, ist etwa die Bemessung von Pflegebedürftigkeit nach Pflegegraden. Dabei hatte es anfangs doch logisch geklungen: Abhängig von der Beeinträchtigung eines Menschen wird ein Pflegegrad vergeben, und dieser gibt vor, wie viel Zeit für die Versorgung verwandt werden darf. Und damit oftmals auch, wie viel Geld der Pflegenden für diese Leistung erhält.



**Gudrun Haase-Kolkowski**  
Das Vorstandsmitglied des Errichtungsausschusses Pflegekammer Nordrhein-Westfalen hat die Gesamtleitung Soziale Dienste beim ASB Region Düsseldorf inne

**“** An der Schnittstelle zwischen Prüfenden und Einrichtungen macht der Medizinische Dienst auf Probleme aufmerksam. **Ich Sorge dafür, dass die Interessen der Pflegenden und Pflegebedürftigen hier berücksichtigt werden “**

**Die Kritik an pflegepolitischen Entscheidungen wurde nicht gehört**

Doch noch bevor das neue System Anwendung fand, wurden kritische Stimmen laut. Das neue Gesetz – wie auch viele andere pflegepolitische Entscheidungen – werde der Realität des Pflegealltags nicht gerecht, sagten Pflegeverbände. Die Kritik: Das komplexe Erfahrungswissen von Pflegefachpersonen sei in die Erarbeitung so gut wie nicht eingeflossen. Dabei mussten entscheidende Fragen beantwortet werden: Welche körperliche oder geistige Einschränkung erfordert welchen Pflegeaufwand? Wo verbergen sich die Zeitfresser im Pflegealltag? Wie müssen Ressourcen verteilt sein, damit Kliniken und Ambulanzen ihre Patienten ideal versorgen können? In Fachausschüssen wälzten Politiker, Ärzte und Kostenträger diese Probleme – nur keine Pflegefachpersonen. Das Ergebnis: Vieles von dem, was als Verbesserung für Pflegebedürftige und Pflegenden verkauft wurde, löste keine Probleme, sondern verschlechterte die Lage beider Gruppen zum Teil noch. Die Kritik und Verbesserungsvorschläge der Pflegevertreter waren deutlich und fundiert geäußert worden – verpufften jedoch im politischen Alltag.

**Es geht um bessere Vergütung – aber auch um vieles andere mehr**  
In Nordrhein-Westfalen wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, die Pflege aus solch wichtigen Entscheidungsprozessen auszuschließen. Ihre Vertreter werden Schritt für Schritt Teil der Gremien, die das



**Sabrina Moskei**  
Die Leiterin der Fachabteilung Pflege bei den AWO Senioren Diensten Niederrhein ist ebenfalls Mitglied des Errichtungsausschusses Pflegekammer Nordrhein-Westfalen

**“** Um seine Aufgabe erfüllen zu können, hat der Medizinische Dienst seit jeher auf die Unterstützung der Pflegenden in den Einrichtungen gesetzt. **Aber es ist wichtig, dass wir auch ganz konkret in die Entscheidungsprozesse eingreifen können. Das wird ab sofort geschehen “**

Gesundheitssystem maßgeblich gestalten. Die Vertreter der pflegerischen Selbstverwaltung, die allesamt ausgebildete Pflegefachpersonen sind, haben bereits ihre Arbeit in einigen Fachausschüssen aufgenommen und können dort mehr leisten, als es manch anderen Interessenvertretern möglich ist. Denn zwar fordert die Kam-

## In diesen Gremien reden wir schon mit ...

- **Landesausschuss Krankenhausplanung** gemäß § 15 Krankenhausgestaltungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
- **Verwaltungsrat des Medizinischen Dienstes** Nordrhein
- **Verwaltungsrat des Medizinischen Dienstes** Westfalen
- **Landesgesundheitskonferenz** und vorbereitender Ausschuss
- **Arbeitsgemeinschaft zur Umsetzung und Weiterentwicklung des Wohn- und Teilhabegesetzes** gemäß § 17 Wohn- und Teilhabegesetz
- **Ethikkommissionen der Ärztekammern** gemäß § 7 Absatz 1 Heilberufsgesetz

## ... und hier wollen wir noch rein

- **Inklusionsbeirat**
- **Fachbeirat Gesundheit** zur Unterstützung des Inklusionsbeirats
- **Landesfachbeirat Psychiatrie**
- **Landesfachbeirat Sucht**
- **Landeskommission AIDS**
- **Arbeitskreis Organspende**
- **Arbeitskreis Hospiz/ Palliativversorgung**
- **Gesprächskreis Impfen**
- **Lenkungskreis „Medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen“**

Expertise kaum umsetzbar ist. Hier wird ein neuer Krankenhausplan erarbeitet, der Ressourcen nicht mehr nach der starren Plangröße „Bett“, sondern nach dem tatsächlichen Versorgungsgeschehen zuordnet. Die Mitglieder erarbeiten dafür einheitliche und überprüfbare Qualitätsvorgaben, weisen sogenannte Leistungsbereiche und Leistungsgruppen für die medizinischen Fachgebiete aus und stellen gleichzeitig sicher, dass die allgemeine Notversorgung in Wohnortnähe gewährleistet bleibt.

### Verwaltungsrat der Medizinischen Dienste Nordrhein und Westfalen

Die Arbeit der Medizinischen Dienste (MD) und die Regeln, an denen sich ihre Vertreter ausrichten müssen, beeinflussen die Arbeitsbedingungen der Pflegefachpersonen ganz unmittelbar. Denn die Aufgabe der MD ist es unter anderem, die Pflegequalität in stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen zu sichern. Dafür werden Pflegeeinrichtungen nach den aktuellen Qualitätskriterien anhand eines Kriterienkatalogs überprüft.

Pflegeexperten haben dieses Prüfverfahren in der Vergangenheit teilweise heftig kritisiert, weil das Ergebnis die Realität in den Einrichtungen nicht angemessen abbildete. Die Mitglieder des Errichtungsausschusses Pflegekammer Nordrhein-Westfalen – Gudrun Haase-Kolkowski (Nordrhein) und Sabrina Moskei (Westfalen) – werden sich beratend dafür einsetzen, dass diese Kritik deutlicher gehört und berücksichtigt wird.

Auch die kritische Frage der Pflegebegutachtung – also die Zuordnung von Pflegegraden durch die Medizinischen Dienste – werden die Pflegevertreter in Zukunft mit diskutieren und beeinflussen können. Und nicht zuletzt wird es im Verwaltungsrat auch um die Bewältigung der Herausforderungen und Probleme gehen, die Gesetzesänderungen im Bundesteilhabegesetz Anfang des Jahres verursacht haben. In Nordrhein-Westfalen sind von diesen Änderungen rund 125 000 pflegebedürftige Menschen betroffen – und damit indirekt auch sehr viele Pflegefachpersonen. Die Vertreter des Errichtungsausschusses werden sich auch hier dafür

tischen System auch medizinisch-pflegerischer Expertise. Dieses Eintrittsticket bringen alle neuen Mitglieder der Ausschüsse mit.

Um die Bedürfnisse der Menschen, die sie vertreten, voll berücksichtigen zu können, sind die Kammervorteiler dafür in ständigem Austausch mit den Pflegefachpersonen in Nordrhein-Westfalen. In Zukunft werden sie deren Stimme in folgende Fachgremien tragen können:

### Landesausschuss Krankenhausplanung

Der Ausschuss Krankenhausplanung, dem Sandra Postel und Ludger Risse ab 1. April angehören, steht vor einer Mammutaufgabe, die ohne pflegerische

einsetzen, dass die Bedürfnisse und Rechte der beruflich Pflegenden in diesem Prozess angemessen berücksichtigt werden.

### Landesgesundheitskonferenz und vorbereitender Ausschuss

Hier laufen die Fäden zusammen, die alle großen Spieler des Gesundheitssystems miteinander verbinden. Das Ziel der Landesgesundheitskonferenz, der bislang kein Pflegevertreter angehörte: die Zusammenarbeit der maßgeblichen Verbände und Organisationen des Gesundheitswesens effizient und produktiv zu gestalten. Ihre Vertreter tragen damit erheblich dazu bei, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen im Krankheits- und Pflegefall gut versorgt sind. In Zukunft wird auch hier die Stimme der Pflege als starker Pfeiler des Gesundheitssystems erstmals deutlich zu Gehör gebracht werden. Der Errichtungsausschuss Pflegekammer Nordrhein-Westfalen wird in Kürze entscheiden, wer die Stelle besetzt.

### Ethikkommissionen der Ärztekammern

Die wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Ethikkommissionen wurde bislang von Ärzten, Naturwissenschaftlern, Juristen, Philosophen und Theologen wahrgenommen. Wenn es ab sofort um brisante Fragen wie etwa die Forschung am Menschen im biomedizinischen Bereich, das Strahlenschutz- oder das Medizinproduktegesetz geht, wird ein Vertreter des Errichtungsausschusses wichtige Impulse der Mitglieder weitergeben können.

### Schritt für Schritt hin zu mehr Teilhabe

Es wird in Zukunft also weit mehr möglich sein als bisher: Nordrhein-Westfalens Pflegefachpersonen werden nicht mehr nur ihre berechtigten Forderungen an die Adresse des Gesetzgebers und der anderen Entscheider des Gesundheitssystems formulieren können. Sondern sie können sich darauf verlassen, dass jemand an den Stellen für ihre Rechte kämpft, an denen Entscheidungen fallen. So soll es Schritt für Schritt weitergehen: Der Errichtungsausschuss Pflegekammer Nord-

rhein-Westfalen geht den Weg der Selbstermächtigung weiter. Er ist im ständigen Gespräch, um Sitze in weiteren Gremien mit Fachleuten zu besetzen. Und diese sind gut vorbereitet auf die Aufgaben, die sie dort erwarten.



**Ludger Risse**

Der stellvertretende Vorsitzende des Errichtungsausschusses ist gelernter Krankenpfleger und war fast 20 Jahre Pflegedirektor, dann Standortleiter eines Krankenhauses in Werne



**Sandra Postel**

Die Vorsitzende des Errichtungsausschusses Pflegekammer Nordrhein-Westfalen ist gelernte Krankenpflegerin, Pflegepädagogin sowie Pflegewissenschaftlerin

## „Krankenhäuser sind auch Einrichtungen der Pflege! Diese macht Medizin erst möglich.“

Dieser Grundsatz muss auch bei der Planung gelten, und das werde ich verdeutlichen. So müssen auch pflegerische Qualitäten, wie etwa die gesicherte Ausstattung mit Fach- und weitergebildetem Personal auf Dauer Bestandteil der Planung werden“

„Dieser Ausschuss steht vor einer gewaltigen Umgestaltungsaufgabe: Hier wird in den nächsten Jahren entschieden, was ein Krankenhaus gut, effizient und menschenfreundlich macht. Niemand ist so nah am Patienten dran wie die Pflegenden, und niemand erlebt deutlicher als sie, wo die Dinge schief laufen. Ich sehe es als meine Aufgabe, die Umstrukturierungen im Sinne meiner Kollegen in Zukunft mitzugestalten“



Pflegende Angehörige kennen die Bedürfnisse ihrer Verwandten meist am besten. Eine Anstellung beim Land gibt ihnen finanzielle und rechtliche Sicherheit

Von unseren Nachbarn lernen

# Ein **Zukunftsplan** für die Pflege im Burgenland

Das österreichische Burgenland stellt seine Pflegelandschaft neu auf. Es ist damit Vorreiter im Alpenstaat. Landesrat Dr. Schneemann über erste Erfolge, Herausforderungen und neue Modelle



**Dr. Leonhard Schneemann** ist Landesrat für Wirtschaft und Soziales im Burgenland

Die Generation der Babyboomer wird auf mittlere Sicht Betreuungs- und Pflegebedarf haben, Pflegefachpersonen gehen in Rente, und es gibt nicht genug junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt, die den zunehmenden Bedarf an Pflege decken können. In dieser Hinsicht ist die demografische Entwicklung im Burgenland der deutschen ähnlich. Vor diesem Hintergrund hat die burgenländische Landesregierung im Jahr 2018 den „Zukunftsplan Pflege“ erstellt. Bis 2030 sollen 21 Maßnahmen zur Verbesserung der Lage umgesetzt werden.

„Es ist ein Gebot der Stunde, sich neue Konzepte zu überlegen“

Als einer der ersten Schritte wurde mit dem „Burgenländischen Modell“ eine Möglichkeit geschaffen, pflegende Angehörige zum Mindestlohn beim Land anzustellen. „Etwa ein Drittel der Betreuungs- und Pflegesituationen werden in der sogenannten ‚informellen Pflege‘ abgewickelt, überwiegend von Frauen“, beschreibt Soziallandesrat Dr. Leonhard Schneemann die Situation. „Wir haben uns gefragt, wie man diese Betreuungsform in ein legales Beschäftigungsverhältnis umwandeln und sozialversicherungsrechtlich absichern kann. Menschen, die diese wichtige Aufgabe übernehmen, sollten keine Nachteile gegenüber denen mit einer ‚normalen‘ Beschäftigung haben. Das betrifft etwa die Pensionsansprüche“, ergänzt der SPÖ-Politiker.

### Fast alle Menschen möchten zu Hause betreut werden

Seit dem Start des Projekts vor zwei Jahren wurden rund 300 Beschäftigungsverträge abgeschlossen. „Umfragen haben ergeben, dass 98,5 Prozent der Burgenländer möglichst lange in den eigenen vier Wänden betreut oder gepflegt werden wollen“, sagt Dr. Schneemann. „Das ist uns Auftrag genug, dieses Modell auch in Zu-

kunft anzubieten.“ Die finalen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung durch die Fachhochschule Burgenland stehen zwar noch aus, aber die Rückmeldungen der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sind durchweg positiv. Seit wenigen Wochen wird das Anstellungsmodell auch für Pflegeeltern angeboten.

### Andere Länder sind an dem Modell sehr interessiert

Das Interesse vom Bund und von anderen österreichischen Bundesländern ist sehr groß. Oberösterreich bietet mittlerweile Anstellungsverhältnisse im Bereich der Behindertenbetreuung an. Auch über die Grenzen des Alpenstaats hinaus hat das Projekt Aufmerksamkeit erregt. „Der ehemalige EU-Sozialkommissar hatte Kontakt mit uns aufgenommen, und auch der Bayerische Staatsminister war kürzlich hier und hat sich erkundigt, wie wir das organisieren“, berichtet Leonhard Schneemann. „Ich bin überzeugt davon, dass dieses Modell als Vorbild für einige Länder dienen wird.“

### Regionale Pflegestützpunkte sollen Synergien schaffen

Ein weiteres Konzept sieht die Schaffung von Pflegestützpunkten vor. Von hier aus sollen die Leistungen der Mobilen Hauskrankenpflege, Tagesheimstätten und Betreutes Wohnen aus einer Hand angeboten werden. Dafür wird das Burgenland in insgesamt 28 Regionen aufgeteilt. Pflegeträger können sich für die Versorgung einzelner Regionen bewerben. „Die Statistik zeigt, dass ca. 30 bis 40 Prozent der Leistung durch administrative Tätigkeiten, wie

„Ich möchte ein größeres Spektrum an Betreuung bieten“

Wegzeiten etc., beansprucht werden und nur rund 60 Prozent wirklich am Klienten gearbeitet wird. Wir sind gemeinsam mit unseren Partnern dabei, entsprechende Schritte zu erarbeiten, damit sie innerhalb



Landesrat Dr. Leonhard Schneemann macht mit Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (r.) die Pflege zukunftsfähig

## DAS BURGENLAND AUF EINEN BLICK

- Das Burgenland ist das östlichste Bundesland Österreichs und hat die wenigsten Einwohner pro Fläche (75/km<sup>2</sup>)
- Es ist sehr schmal und langgezogen, hat wenige Ballungsräume und ist stark zersiedelt
- Gut ein Drittel der knapp 300 000 Einwohner sind über 60 Jahre alt
- Die Jahrgänge der heute 20- bis 40-Jährigen sind sehr schwach vertreten
- Ende 2020 wurden rund 5 000 Menschen mit Pflegebedarf von offiziellen Leistungserbringern (z. B. Ambulante Dienste, Stationäre Einrichtungen) betreut

ihres Angebots Synergien nutzen können“, erklärt Schneemann. Zwei Pilotregionen starten Mitte dieses Jahres. Mit den Erfahrungen aus dem Testbetrieb soll das Konzept spätestens 2024 im gesamten Burgenland umgesetzt werden. „Mein Ziel als Sozial-, aber auch als Wirtschaftslandesrat ist es, dass wir unser qualitativ sehr hochwertiges und sehr breit gefächertes Betreuungs- und Pflegesystem auch für die Zukunft erhalten können und dass es finanzierbar bleibt“, so Leonhard Schneemann. „Ich erwarte keine großen Einsparungen, sondern ich möchte mit dem bestehenden Budget den Pflegebedürftigen in unserem Land ein größeres Spektrum an Betreuung bieten.“

Text: Andrea Koenig | Fotos: Getty Images; LMS Burgenland (2)

Großes  
Bündnis für  
ein **besseres  
Miteinander**

# Gemeinsam gegen Hetze und Hass

*Auf Facebook, Twitter & Co. tobt seit Jahren ein Kampf, der von radikalen Kräften geführt und zunehmend brutaler wird. Eine Initiative des Errichtungsausschusses Pflegekammer Nordrhein-Westfalen setzt dem nun positive Kräfte entgegen*



Der Verfassungsschutz spricht von einer „hemmunglosen Eskalation der Gewalt“: Der Umgang in Online-Foren wird aggressiver, die Inhalte werden radikaler, immer mehr Menschen werden zum Ziel von Hass und Einschüchterungsversuchen. Zwar betrachten Experten diese Entwicklung bereits seit vielen Jahren mit Sorge, doch seit Beginn der Pandemie hat die Verbreitung von Hetze im Netz sprunghaft zugenommen. Zur Zielscheibe kann nahezu jeder werden, der sich im Internet bewegt: Politiker, Interessensverbände, aber auch Einzelpersonen, die zum Beispiel einen Online-Zeitungsartikel kommentiert und damit die Aufmerksamkeit radikaler Online-Aktivisten auf sich gezogen haben.

## Immer häufiger rassistische und demokratiefeindliche Inhalte

Ein neues Phänomen ist, dass auch Ärzte und Pflegefachpersonen, die sich etwa für Impfungen aussprechen, ins Visier von Extremisten geraten. Ebenso wie Verbände der Interessensvertretung der Pflege, die durch Hassbotschaften per Mail oder durch Kommentare auf Online-Seiten systematisch eingeschüchtert werden sollen. Immer häufiger enthalten diese Nachrichten demokratiefeindliche sowie rassistische Inhalte und werden von Symbolik aus dem rechtsextremen Lager begleitet. Bei vielen der anonymen Absender, die sich als Pflegefachpersonen ausgeben, erscheint es zudem eher unwahrscheinlich, dass es sich tatsächlich um solche handelt.

## Hass und Hetze dürfen in der Pflege keinen Platz haben

Der Errichtungsausschuss Pflegekammer Nordrhein-Westfalen setzt dieser Entwicklung nun positive Kräfte entgegen und hat die Initiative „Bekennnis gegen Extremismus“ gestartet. Gemeinsam mit elf anderen Bündnissen, Verbänden, Gewerkschaften, Kliniken sowie vielen Einzelpersonen stellen sie sich an die Seite von Menschen, die angegriffen, bedroht und ausgegrenzt werden.

Die Initiative macht in ihrem Aufruf unmissverständlich deutlich, dass Hass und Extremismus in der Gesellschaft und ganz besonders in der Pflege keinen Platz haben. „Pflege ist bunt, vielfältig und bewertet Menschen nicht nach Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung!“, heißt

**„Wir beobachten, dass die Angreifer immer strategischer vorgehen“**

es in dem Aufruf des Errichtungsausschusses. Es sei betrüblich, dass sich auch in den Reihen der Pflegebündnisse Vertreter der Rechten- und Querdenkerszene fänden. Dabei sei sich die große Mehrheit der Pflegefachpersonen einig, so die Kammervertreter: „Pflege braucht keine faschistischen und menschenfeindlichen Haltungen, nicht gegenüber Menschen mit Pflegebedarf und erst recht nicht im kollegialen Umgang miteinander.“

## Opfer sollten den Schulterschluss mit positiven Kräften suchen

Indem sie die besorgniserregende Entwicklung in die Öffentlichkeit trägt und positive Gegenkräfte sammelt, geht die Initiative einen Weg, den Experten für das richtige Vorgehen gegen Hass und Hetze halten. „Wir beobachten, dass Angreifer im Netz zunehmend strategisch vorgehen“, sagt Dr. Catarina Katzer, Psychologin und Expertin im Bereich Cyberpsychologie. „So picken sich Gruppen einzelne unliebsame Personen heraus, spülen sie durch Teilen in ihre eigenen Chat-Foren und greifen sie dort systematisch an“, so Dr. Katzer. Die Annahme, man könne diese Dynamik stoppen, indem man sie einfach ignoriere, habe sich in der Vergangenheit als falsch erwiesen. Vielmehr sollten Opfer von Gewalt im Netz die Angriffe nicht nur konsequent den Seitenbetreibern melden, sondern auch den Schulterschluss mit anderen positiven Kräften suchen (s.dazu auch das Interview mit der Expertin auf den folgenden Seiten).

## Wer ist jetzt schon dabei?

*Neben vielen Einzelpersonen haben sich diese nordrhein-westfälischen Organisationen bereits der Aussage der Initiative „Bekennnis gegen Extremismus“ angeschlossen*

- Errichtungsausschuss Pflegekammer Nordrhein-Westfalen (Initiator)
- Landschaftsverband Westfalen-Lippe
- LWL-Klinik Paderborn
- Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin
- St. Franziskus-Stiftung Münster
- Gewerkschaft ver.di Nordrhein-Westfalen
- Pflegerat Nordrhein-Westfalen
- Universitätsklinikum Düsseldorf
- Gewerkschaft Bochumer Bund
- Zentralschule für Gesundheitsberufe (ZfG)
- Rhein-Maas Klinikum
- Lebenshilfe Viersen
- Förderverein zur Errichtung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen gem. e.V.

# „Wegschauen macht es schlimmer“

Wie verhalte ich mich richtig?

Sich aktiv zur Wehr setzen oder stillhalten und hoffen, dass der Internet-Bully sich von alleine zurückzieht? Die Psychologin Dr. Catarina Katzer sagt, warum nur eine dieser Lösungen Aussicht auf Erfolg hat – und wo Betroffene Hilfe finden

**F**rau Dr. Katzer, Sie beschäftigen sich seit vielen Jahren mit Hetze im Netz. Die Pandemie scheint das Problem nicht verringert zu haben ...

Nein, im Gegenteil. Das Phänomen der Hassrede hat zugenommen, Corona hat da als Brandbeschleuniger gewirkt. Nach einer kurzen Zeit der Schockstarre, in der wir alle uns im ersten Lockdown befanden, haben einige das Internet verstärkt als Ventil genutzt.

**Als Ventil wofür?**

Wir wissen, dass Menschen, die Hetze über soziale Medien verbreiten, häufig ein geringes Selbstwertgefühl haben und versuchen, durch ihr Auftreten Gefühle von Angst und Kontrollverlust zu kompensieren. Im Netz finden sie Bestätigung durch Gleichgesinnte und gewinnen Macht, indem sie versuchen, andere anzugreifen und zu zerstören.

**Warum fällt das im Internet leichter?**

Die Hemmschwelle ist dort aus verschiedenen Gründen deutlich niedriger als im physischen Aufeinandertreffen mit anderen. So bleibt der Täter vor dem Bildschirm im eigenen Wohnzimmer sitzen und trennt dadurch die Handlung im virtuellen Raum von der eigenen Situation.

Das Gewissen, soziale Normen und Empathie werden dabei zur Seite gedrängt. In der realen Konfrontation erlebt der Täter die Reaktion des Angegriffenen – das fehlt nun. Die Tränen und die brutale Wirkung sieht er nicht. Dass er von einer großen Gruppe Gleichgesinnter angefeuert wird, empfindet er als Belohnung, das verstärkt sein Verhalten ebenso wie

## „Viele Angreifer haben ein geringes Selbstwertgefühl“

die Tatsache, dass sich das Opfer kaum zur Wehr setzen kann.

**Was raten Sie Menschen, die zur Zielscheibe von Hetzern geworden sind?**

Auf jeden Fall aktiv werden! Aushalten und wegschauen – das macht es in der Regel schlimmer. Man hat lange geglaubt, dass die Hassangriffe irgendwann von alleine abebben, wenn man sie nur ignoriert. Aber das hat sich als genauso falsch erwiesen wie die Annahme, dass diese Vorgänge im digitalen Raum verbleiben.

**Könnten Sie das genauer erklären?**

Untersuchungen zeigen, dass hier Lerneffekte wirksam sind: Aggression wird immer mehr als angemessenes Handeln angesehen. Wer sich online hemmungslos austobt, übernimmt diese Verhaltensweisen über kurz oder lang in sein alltägliches Verhaltensrepertoire. Eine Bedrohung im Netz kann so zur realen Bedrohung werden. Das sehen wir schon länger bei Politikern und anderen staatlichen Autoritäten, aber nun geraten plötzlich sogar Ärzte in Gefahr, die sich zum Beispiel für das Impfen stark machen.

**Was kann man denn konkret tun?**

Man sollte das Thema immer nach außen tragen. Die Menschen, die mit diesen Methoden arbeiten, sind ja in der Minderheit, das darf man nicht vergessen. Weil sie mittlerweile hervorragend organisiert sind und strukturiert vorgehen, gewinnt man nur den Eindruck, dass es sich um Hunderttausende handelt. Deshalb sollten Betroffene beleidigende Kommentare oder Falschinformationen immer dem Anbieter des sozialen Netzwerks melden und die Beiträge konsequent löschen lassen, aber

auch zur Anzeige bringen, wenn es um strafrechtlich relevante Inhalte geht.

**Das bedeutet ja aber auch, wenn man zum Beispiel prominent ist, dass man jeden Kommentar lesen und sich damit beschäftigen muss. Erzielen die Täter nicht allein dadurch einen Teil der gewünschten Wirkung?**

Ideal ist ein Mittelweg: Man versucht, die konkreten Inhalte so weit wie möglich zu ignorieren, oder bittet Freunde, sie für einen zu sichten. Aber dann: nicht einfach löschen, nicht resignieren. Ich wünsche mir, dass auch mehr Unbeteiligte nicht einfach weiterklicken, sondern auf ein Hassposting reagieren. Wir wissen, dass nur etwa 20 Prozent der Social-Media-Nutzer dagegen aktiv werden.

**Aber ist das nicht verständlich?**

**Dadurch gerät man doch unter Umständen selbst in die Schusslinie der Angreifer ...**

Nein, das muss man gar nicht riskieren. Es gibt gute Möglichkeiten zu helfen, ohne dass man sich selbst in Gefahr bringt. Es kostet weder Überwindung noch Zeit, entsprechende Beiträge zu melden. Das geht auch anonym. Und ich empfehle, auch dem Angegriffenen mitzuteilen, dass man ein Hassposting meldet. Wir wissen aus Studien, dass die Wirkung von Aggression deutlich abgeschwächt wird, wenn Betroffene merken, dass sie nicht allein stehen. Wenn jemand sagt:

## „Betroffene müssen immer noch lange nach Hilfsangeboten suchen“

„Ich bin auf deiner Seite, ich helfe dir“, ist das schon eine große Entlastung. Und wenn man selbst betroffen ist: Verbündete suchen, Falschmeldungen sofort



DR. CATARINA KATZER ist Volkswirtin, Soziologin und Cyberpsychologin. Sie berät unter anderem Regierungsinstitutionen im In- und Ausland sowie internationale Wissenschaftler zum Thema Cyberbullying und Cyberparks.

richtigstellen, aggressives Verhalten umgehend melden, strafrechtlich Relevantes anzeigen. Und sich Unterstützung von Menschen holen, die sich mit diesen Fragen auskennen.

**Gibt es auch offizielle Anlaufstellen, die Betroffene unterstützen?**

Es gibt bislang einige Beratungsportale, die Hilfestellung bieten. Die Organisation „HateAid“ zum Beispiel vermittelt praktische Hilfe im Umgang mit Hass-Postings und auch psychologische Beratung. Aber insgesamt gibt es noch viel zu wenige Angebote, Betroffene müssen danach sehr lange suchen und wissen nicht, an wen sie sich wenden können.

**Sie klingen ärgerlich.**

Ja, das bin ich auch. Ich beschäftige mich seit 20 Jahren mit dem Thema und habe seitdem viele Gespräche mit Politikern geführt. Wir haben etliche konkrete Vorschläge gemacht, wie man den Hass im Inter-

net bändigen kann. Schon lange weisen wir darauf hin, dass wir dringend mehr Anlaufstellen für jugendliche Opfer von Cybermobbing benötigen – das ist ein Riesenproblem! Und wir brauchen noch mehr klare gesetzliche Vorgaben für Netzbetreiber, damit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Ich erinnere mich an Heiko Maas ...

## „Wir brauchen dringend mehr Unterstützung für die Opfer“

net bändigen kann. Schon lange weisen wir darauf hin, dass wir dringend mehr Anlaufstellen für jugendliche Opfer von Cybermobbing benötigen – das ist ein Riesenproblem! Und wir brauchen noch mehr klare gesetzliche Vorgaben für Netzbetreiber, damit sie ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Ich erinnere mich an Heiko Maas ...

**... den früheren Justizminister.**

Wir haben ihm vorgeschlagen, dass es auf jeder Seite eines sozialen Netzwerks einen auffällig gestalteten SOS-Button für Opfer digitaler Hetze geben muss, den man nicht wegdclicken kann. Der Minister hat uns nach dem Gespräch geschrieben: „Das ist eine sehr gute Idee, das sollten wir einführen.“ Was seitdem passiert ist? Nichts.

### Anlaufstellen für Betroffene:

**www.juuuport.de**

Jugendliche beraten Jugendliche, die Gewalt im Netz erfahren haben.

**www.hateaid.org**

Die Nichtregierungsorganisation bietet Opfern digitaler Gewalt psychologische Hilfe und vermittelt Rechtsanwältinnen.

**www.nummergegenkummer.de**

Hier erhalten Kinder und Jugendliche Trost und Beratung. Speziell für Eltern: das „Elterntelefon“ (0800 111 0 550).

**www.weisser-ring.de**

Auch der Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern bietet telefonische und Online-Beratung bei Cybermobbing.

**www.zivile-helden.de**

Die „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ klärt interaktiv über das Thema auf.

# Sie weichen nicht

Politiker dürfen sich auch von deutlich formulierter Kritik nicht aus der Bahn werfen lassen. Doch einige erhalten mittlerweile ganze Fluten unverhohlener Gewalt- oder gar Morddrohungen. Diese prominenten Amtsträger haben sich entschieden, ihren Kampf gegen Hass und Hetze mit öffentlichkeitswirksamen Mitteln auszutragen

## Renate Künast



**Überraschender Hausbesuch der Grünen-Politikerin – und ein juristischer Erfolg**

Die frühere Landwirtschaftsministerin Renate Künast kämpft seit Jahren dafür, dass Hass und Hetze im Internet konsequenter verfolgt werden. Schon 2016 machte die Politikerin von „Bündnis 90/Die Grünen“ auf das Problem der Online-Beleidigungen aufmerksam, indem sie die Verfasser der Nachrichten öffentlichkeitswirksam unangemeldet zu Hause besuchte. Vor Gericht erzielte Künast erst kürzlich einen durchschlagenden Erfolg: Nachdem ihre Klage gegen Facebook vom Berliner Landgericht abgelehnt worden war, entschied das Bundesverfassungsgericht nun: Facebook muss die Daten von Nutzern, die Künast beleidigt hatten, an sie herausgeben.

## Karl Lauterbach



**Der neue Minister für Gesundheit antwortete den Absendern von Beleidigungen mit Humor**

Schon bevor er Minister wurde, zog Karl Lauterbach als „Pandemie-Erklärer“ den Hass militanter Gegner der Corona-Maßnahmen auf sich. 2020 wählte der SPD-Politiker einen ungewöhnlichen Weg, um ein Signal an seine „Hater“ zu senden. In der Satiresendung „heute-show“ las er mehrere beleidigende Kommentare vor (z. B.: „Ralph K. fragt: ‚Warum läuft der eigentlich noch frei herum?‘), um sie dann scherzhaft zu beantworten („Das ist eine gute Frage, Ralph. Tatsächlich habe ich meine sozialen Kontakte weitgehend eingeschränkt, aber es ist ein Gerücht, dass der einzige soziale Kontakt Markus Lanz wäre. Etwas breiter aufgestellt ist es dann doch noch.“)

## Markus Söder



**Im Landtag las der Ministerpräsident an ihn gerichtete Morddrohungen vor**

In seiner Regierungserklärung im Herbst 2020 berichtete der bayerische Ministerpräsident vor dem Landtag von Hass-Botschaften, die er und andere Regierungsmitglieder regelmäßig erhielten, und las neben anderen eine besonders bestürzende vor. Der Verfasser der Nachricht spielte – in Gedichtform – darauf an, dass die Insassen der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau in Duschräumen mit Gas getötet wurden. Der Text endete mit: „Als letztes ganz geschwind, hüpf in die Dusche rein: unser tapferes Söderlein.“ Der Ministerpräsident machte nach dem Vorlesen eine kurze Pause und sagte dann: „Das schreckt mich nicht ab. Das hält mich nicht ab.“

## Manuela Schwesig



**Hausdurchsuchung nach Hass-Posting gegen Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin**

„Sie wird abgeholt, entweder mit einem Streifenwagen oder mit einem Leichenwagen, egal wie, sie wird abgeholt.“ So lautete der Inhalt eines Postings auf dem Messenger-Dienst Telegram im Januar, das sich gegen Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig richtete. Die 56-Jährige erstattete Anzeige, und nun teilten Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft mit, das Haus eines Beschuldigten sei durchsucht worden. Dabei seien Datenträger sichergestellt worden, die nun ausgewertet werden. Zunächst hatte ein Politiker von „Die Linke“ die Drohbotschaft an Schwesig öffentlich gemacht, später hatte der Messenger-Dienst sie gelöscht.